

Justizausschuß

Reinhard kritisiert Abbau von Sport mit Vereinen außerhalb der Vollzugsanstalten

Der Justizausschuß erörterte die Situation in den Justizvollzugsanstalten Remscheid und Rheinbach, wobei die Besichtigungsberichte der Beauftragten des Ausschusses für das Vollzugswesen sowie die Stellungnahmen des Justizministeriums als Beratungsunterlage dienten.

Maria Jammes, Sprecherin der SPD-Fraktion, forderte eine Prüfung personeller Möglichkeiten zur Lösung der weiterwachsenden Probleme mit ausländischen Strafgefangenen. Justizministerin Inge Donnepp (SPD) gab zu verstehen, daß auch sie die Ausländerkriminalität, meist bedingt durch eine fehlende soziale Integration, mit Bedenken beobachtet und seitens ihres Hauses geprüft werde, wie weit Verständigungsprobleme abgebaut werden könnten.

Zur Situation in Remscheid kritisierte Vorsitzender Egbert Reinhard (SPD) den abrupten Abbau der Sportveranstaltungen mit Sportvereinen außerhalb der Anstalt, der Anlaß zu Eingaben an den Ministerpräsidenten gewesen sei. Seitens des Justizministeriums, so Frau Donnepp, sei man „bekümmert“ über diese im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung aber auch aus personellen Gründen notwendige Maßnahme.

Pressemitteilungen über Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in der Justizvollzugsanstalt Rheinbach wegen angeblichen Drogenhandels hatten Anfang des Jahres für Aufsehen gesorgt. Der angeprangerte Mißstand – florierendes Geschäft mit Rauschgift und Ersatzdrogen – hat nach Aussage der Justizministerin zu einer weiteren Verschärfung der Kontrollen in der Anstalt geführt. Aber weder intensivere Untersuchungen noch Verlegung des angeblichen Kopfes des Rauschgifttringes brachte Klarheit in das Dunkel der Szene.

Elsbeth Rickers (CDU) brachte ihre Besorgnis zum Ausdruck über den in Rheinbach beobachteten Versuch der Aushöhlung der Gefangenenmitverantwortung und die Bemühungen, in die Anstaltsstruktur einzugreifen. Die Aktivitäten dieser Gruppe, die außerhalb der Anstalt Unterstützung erhalte, verlange ein behutsames Vorgehen sowie Beobachtung, um die bewährte Gefangenenmitverantwortung nicht weiter zu gefährden.

Die Erfahrungen mit der einstufigen Juristenausbildung waren Gegenstand der weiteren Debatte im Justizausschuß. Der Abgeordnete Heinz Paus (CDU) versicherte für seine Fraktion, daß man grundsätzlich dem Modell der einstufigen Juristenausbildung – wie es in Bielefeld erprobt werde – Sympathien entgegenbringe. Maria Jammes begrüßte diese Erklärung wegen ihres „konsensfähigen und sachlichen Ausgangspunktes“. Sie habe die berechtigte Hoffnung, daß die Neuordnung der Juristenausbildung zumindest in NRW nicht an einer ideologisch geführten Diskussion scheitere.

Porträt der Woche

Zu den vermutlich ganz wenigen Parlamentariern, die Tag für Tag bereits um fünf Uhr aufstehen, gehört Leonhard Kuckart von der Fraktion der CDU. Sein Beruf, den er liebt, der ihn wirtschaftlich unabhängig halten soll, erfordert es: Kuckart, kürzlich 50 Jahre alt geworden, ist Prokurist in einem mittelständischen Unternehmen des Maschinenbaus in Schwelm (Westfalen). Genauer gesagt: Verkaufsleiter und somit viel unterwegs. Das wiederum bedeutet, daß er das „Ständehaus“, wie das Parlamentsgebäude früher hieß, aus den verschiedensten Richtungen ansteuert. Ansonsten sitzt er um halb sieben schon am Schreibtisch in seiner Firma. Dort hat er sich vom kaufmännischen Lehrling hochgearbeitet. Im nächsten Jahr begeht er das 25jährige Arbeitsjubiläum. Auf dem morgendlichen Rundgang durch den Betrieb, wie Kuckart die notwendigen Kontakte zur Produktion bezeichnet, „laden die Arbeitnehmer aber jetzt ganz schön ab“, hat er festgestellt. „Man kennt sich seit langen Jahren, weiß, für welche Partei das Herz schlägt.“ Der CDU-Mann, Handwerkersohn, in Schwelm geboren und Mitglied der Katholischen Arbeiterbewegung, merkt „deutlich, daß die Stimmung sich gewandelt hat“. Er werde „oft darauf angesprochen, was die Genossen in Düsseldorf für'n Murks machen ...“ (Die Metaller drückten dies in der saftigen Umgangssprache des Reviers allerdings etwas anders aus, erläutert Kuckart.) „An ein Minderheitendasein und an politische Ohnmachtsgefühle von Schwerte aus gewöhnt“ – dort hat die SPD „noch“, dies betont Kuckart, die absolute Mehrheit – ist er „fest davon überzeugt, daß die CDU 1985 den Wechsel schafft“. Dann würde er gerne im Landtag weiterarbeiten. Die ersten eineinhalb Jahre dort sieht er ganz nüchtern. Er ist „verwundert, daß relativ wenig über die wirtschaftspolitischen Themen debattiert wird angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit und der nach wie vor ungelösten Strukturprobleme. Die Arbeitsmarktlage ist gesellschaftspolitisch äußerst wichtig; man denke an die vielen Jugendlichen, die in die Ausbildung drängen, an die möglicherweise weiter wachsende Ausländerfeindlichkeit.“ Es „erstaunt“ Kuckart auch, „die offensichtlichen Lieblingsthemen von Bildungspolitikern gelegentlich in Überlänge anhören zu müssen“. „Gehen wir nicht an den drän-



Leonhard Kuckart (CDU)

gendsten Aufgaben des Landes vorbei?“ sinniert er.

Kuckart ist Mitglied im Sportausschuß des Landtags. Und das nicht deshalb, weil er in jüngeren Jahren sich an jedem Sonntag gleich doppelt damit beschäftigt hat, den Ball ins Tor zu bringen, vormittags per Hand, nachmittags per Fuß, sondern weil er als langjähriges Vereinsvorstandsmitglied bestens Bescheid weiß, wie die Politik den Sport fördern kann und soll. Im Ausschuß ist Kuckart CDU-seitig für Fragen der Vereinshilfe zuständig, zuvörderst der Zuschüsse für die Übungsleiter. Im Ausschuß für Landesplanung und Verwaltungsreform bringt er kommunalpolitische Erfahrungen aus zwei Jahrzehnten ein.

Dabei hatte seine politische Laufbahn 1961 recht ungewöhnlich begonnen: Der parteilose Pfarrjugendführer wurde von der örtlichen CDU für den Rat der Stadt Schwelm vorgeschlagen. Das war für ihn ein „so unwahrscheinlicher Vorgang“, daß er das Programm der Christlichen Demokraten genauer prüfte, bevor er das Mitgliedsbuch beantragte. 20 Jahre lang saß er im Rat der Stadt, seit 1975 gehört er dem Kreistag Ennepe-Ruhr an. In einem der drei dortigen Wahlkreise kandidierte er 1980 auch erstmals; der Landeslistenplatz machte ihn zum MdL.

Ach ja, Kuckart kommt aus der Wirtschaft. Weil er an seinem Beruf hängt, nimmt er es als Selbstverständlichkeit hin, daß er an Samstagen ebenfalls tätig ist und „daß der Urlaub schon mal recht kurz ausfällt“ – damit die Firma nicht zu kurz kommt; denn Kuckart möchte „keine Vorteile aus dem politischen Mandat ziehen“. Deshalb auch die ständige „Frühschicht“. Die Gattin hat dafür sehr viel Verständnis, die Tochter ist vollbeschäftigt mit ihrer Doktorarbeit. Und wenn Urlaub, dann „nur im Schwarzwald“.

Hans Krieger